

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 11

Artikel: "Die Zeiten der Mythen ist noch nicht vorbei"
Autor: Mazewezki, Sergej
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092896>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sergej Mazewezki zu den Wahlen in der Ukraine

«Die Zeit der Mythen ist noch nicht vorbei»

Mitte Juli wurde in der Ukraine im zweiten Wahlgang der neue Präsident gewählt. Als Sieger durchgesetzt hat sich mit über 52 % der Stimmen der ehemalige ukrainische Ministerpräsident Leonid Kutschma gegen seinen Opponenten Leonid Krawtschuk, der 45 % erreichte. Damit ist Kutschma der zweite frei gewählte Präsident seit der 1991 erreichten Unabhängigkeit der Republik.

«Das Wichtigste, was der Mensch zu wählen hat, ist ein freier und demokratischer Staat», sagte der abgewählte ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk bereits am Vorabend der ersten Wahlrunde. Und diese These wiederholen auch die anderen Kandidaten oft und gerne. Interessant wäre allerdings die Antwort auf die Frage, ob ihnen dabei klar war, dass der Staat, die unabhängige Ukraine, erst 1991 «gewählt» worden ist. Trotzdem war nicht sie zum Hauptthema der vergangenen Wahlen geworden. Die Stimmen, die für Kutschma abgegeben wurden, sind Stimmen für eine andere Ukraine, für eine Ukraine, die sich wesentlich von der bisherigen unterscheiden soll.

Wodurch? Das scheinen die meisten der 71 % Wähler, die an die Urnen gingen, auch nicht so ganz verstanden zu haben. Ebenso wie 1991 wählten sie nicht so sehr die Unabhängigkeit und damit einen eigenen Staat, als vielmehr die Hoffnung auf hohe Löhne und billige Wurst, möglichst schon ab morgen.

Verpasste Reformen

Der Staat «à la Krawtschuk» ist in den vergangenen drei Jahren vor dem Hintergrund der leeren Phrasen des ersten Präsidenten über die Notwendigkeit, diesen Staat aufzubauen, wesentlich verlorengegangen. Das gleiche trifft auch auf seinen politischen Kurs zu. Die Ruhe und Ordnung im Lande, die als höchste Errungenschaft der Krawtschukischen Politik in seinem Wahlprogramm hervorgehoben worden sind, stellten sich als ungenügend für eine zweite Regierungsperiode heraus. Die Wähler hätten dazu gerne noch etwas Reformen und Wohlstand gehabt.

Krawtschuk, der als Präsident praktisch über absolute Macht verfügte, hat nichts getan, um den materiellen Zustand seines ruhigen und geduldigen Volkes zu verbessern — fast schon eher das Gegenteil. Er wollte die Wirtschaft reformieren, ohne etwas am alten Wirtschaftssystem zu ändern. Die Änderungen betrafen nur jene Bereiche, die das Entstehen und die Festigung der neuen Oligarchie sicherstellen sollten. Das Resultat dieser Art der «Reformen» ist traurig. Die Ukraine wandelte sich von einer der wirtschaftlich stärksten und politisch stabilsten Republiken der ehemaligen Sowjetunion in einen halbmafiosen Staat mit ruinierter Wirtschaft.

Innere Zerrüttung

Ausserdem droht der Ukraine die reale Gefahr eines territorialen Zerfalls. Der ukrainische Westen, wo das Bedürfnis nach staatlicher Unabhängigkeit und die Ablehnung jeder Annäherung an Russland schon immer stark waren, unterstützte Krawtschuk als das kleinere Übel. Er war für «Westler» die letzte Hoffnung, dass die Ukraine einig und von Russland unabhängig bleibe.

Aber im Osten und auf der Krim war die Stimmung ganz anders. Die Menschen dort stimmten für Kutschma und gegen die ukrainischen Nationalisten in der Staatsleitung, gegen hohe Preise und für die Union mit Russland, wo nach ihrer Meinung die Preise niedriger seien und das Volk besser lebe.

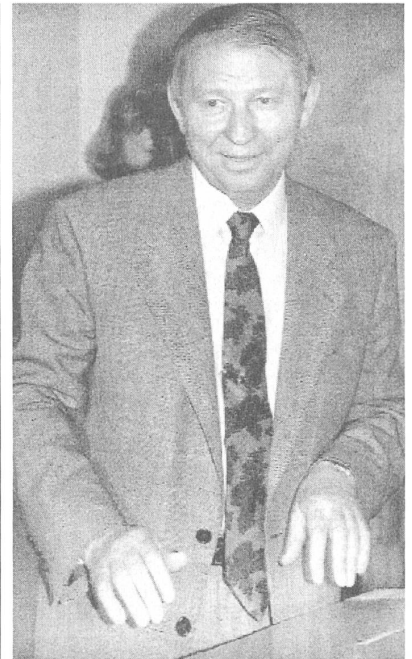
In den drei Jahren seit der Unabhängigkeitserklärung sind keine Wunder geschehen. Die Unterschiede zwischen beiden Teilen der Ukraine sind nicht geringer geworden. Das Ausbleiben echter Reformen und die damit verbundene rapide Senkung des Lebensstandards sowie die leere Rhetorik über die ukrainische Staatlichkeit konnten die Unterschiede in den Mentalitäten im Osten und Westen nicht ausgleichen. Hier muss allerdings noch eine Besonderheit ukrainischer Wähler berücksichtigt werden. Seit es in der Ukraine freie Wahlen gibt, unterstützte das Volk nie politische Persönlichkeiten und schon gar nicht deren Programme, sondern nur politische Erfindungen. Eine solche Erfindung war jene Behauptung, dass das Leben in Russland ein Paradies sei, dass dort die Reformen problemlos funktionieren und dass die Ukraine ohne eine wirtschaftliche oder politische Union mit dem «älteren Bruder» nicht überleben könne.

Der Präsidentschaftskandidat Kutschma gibt seine Wahlzettel ab (Foto: Keystone).

Die Stimmen, die für Kutschma abgegeben wurden, sind Stimmen für eine andere Ukraine, für eine Ukraine, die sich wesentlich von der bisherigen unterscheiden soll.

Krawtschuk wollte die Wirtschaft reformieren, ohne etwas am alten Wirtschaftssystem zu ändern.

Ausserdem droht der Ukraine die reale Gefahr eines territorialen Zerfalls.



Die Stimmen, die für Kutschma abgegeben wurden, sind Stimmen für eine andere Ukraine, für eine Ukraine, die sich wesentlich von der bisherigen unterscheiden soll.

Trotz allem pragmatischer Kurs

Eine solche Illusion hat diesmal gewonnen, beziehungsweise sie wurde von Leonid Kutschma bestens ausgenutzt. Das Volk wollte Veränderungen. Kutschma hat sie versprochen, und sie deckten sich erst noch mit den von der Bevölkerung gepflegten Illusionen. Er hat gewonnen — trotz der Diskreditierungskampagne in den staatlichen Massenmedien, trotz der Beschuldigung des Staatsverrats und der Fälschung von Millionen von Stimmzetteln in der ersten Wahlrunde.

Was ist jetzt zu erwarten? Wird Kutschma die Ukraine den Russen schenken?

Fortsetzung Seite 6

«Derjenige, der so etwas sagt, ist entweder ein Kranker oder ein Schuft», meinte Kutschma während seiner Wahlkampagne. Und das klingt durchaus glaubwürdig. Nicht nur, dass Wahlversprechungen selten mit den realen Handlungen nach einem Wahlsieg übereinstimmen. Die Befürchtung, dass Kutschma ein prorussischer Präsident sei und die Ukraine mit Russland vereinigen wolle, ist wohl tatsächlich übertrieben. Wer will denn schon Präsident eines inexistenten Staates werden? Niemand wird wohl den Präsidentensessel eines der grössten Staaten Europas eintauschen wollen gegen das Gouverneursbänkchen einer russischen Provinz. Die erste Pressekonzferenz des neugewählten Präsidenten — er beantwortete die Fragen auf ukrainisch und bezeichnete das Wohlergehen einer unabhängigen Ukraine als seine grösste Aufgabe — bestätigen diesen Eindruck.

Die konkrete Ausformulierung seiner Politik wird wohl in den kommenden Monaten geschehen. Im aussenpolitischen Bereich dürften kaum bemerkenswerte Änderungen stattfinden. Eine politische Union mit Russland oder eine dreiseitige Konföderation zwischen Belarus, der Ukraine und Russland sind kaum möglich; denn einerseits würde jede Begrenzung der Souveränität eine Explosion im Westen der Ukraine provozieren. Andererseits passt die heutige neokoloniale Abhängigkeit der Ukraine und Belarus von Russland der pragmatischen Führung in Moskau ganz gut. Sie braucht sich keine zusätzlichen Sorgen zu machen, die im Fall einer Vereinigung der drei slawischen Staaten entstehen könnten.

Auch in der ukrainischen Wirtschaft sind keine grundlegenden Durchbrüche zu erwarten. Der einstige «rote Direktor» Leonid Kutschma versteht wenig von Marktwirtschaft. Zwar will er das

ukrainische Steuersystem liberalisieren und den festen (vom Staat bestimmten) Kurs der ukrainischen Währung Karbowanezj bezüglich der harten Währungen aufheben. Gleichzeitig aber tritt er für die staatliche Unterstützung der Grossbetriebe ein, die bis heute auf dem ukrainischen Markt das Monopol haben. Eine solche Politik kann nur zu weiteren Preissteigerungen und zur Beschleunigung der Inflation führen. Ein weiterer grosser Preissprung ist schon Anfang August zu erwarten.

Reformen vordringlich

Um eine neue politische Krise zu verhindern, sollte Leonid Kutschma laut dem Präsidentschaftskandidaten Wladimir Lanowoj die Haut wechseln. Ausserdem muss er mit dem primitiven Populismus und der Ablehnung marktwirtschaftlicher Bestrebungen durch die kommunistische Mehrheit im Parlament fertigwerden. Dass dies Leonid Kutschma gelingt, bezweifelt Lanowoj. Trotzdem wäre er bereit, in Kutschmas Regierung den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen, allerdings unter der Bedingung, dass echte Reformen eingeleitet würden.

Lanowoj erhielt bei den Präsidentschaftswahlen immerhin 2,5 Millionen Stimmen, obwohl er noch vor vier Monaten bei den meisten Ukrainern kaum bekannt war. Ganz unbemerkt verliert seine kurze Beteiligung an der Regierung Witold Fokins (1990–1992), als er wegen politischer Meinungsverschiedenheiten seinen Posten im Wirtschaftsministerium verliess.

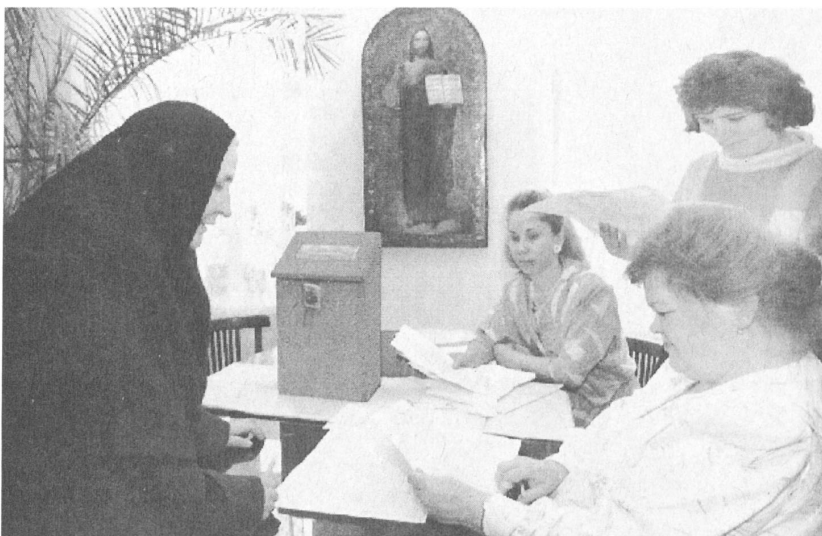
Die Frage «nach Russland oder weg von Russland» behandelte er in seinem Wahlprogramm neutral; seine Einstellung zu Russland ist pragmatisch. Die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zu-

Die Befürchtung, dass Kutschma die Ukraine mit Russland vereinigen wolle, ist wohl tatsächlich übertrieben. Wer will denn schon Präsident eines inexistenten Staates werden?

sammenarbeit mit Russland würde er begrüssen, sollte sie nicht bestehen, wäre dies zwar schwierig für die Ukraine, aber nicht tragisch. Lanowojs Programm ist auf ganz einfache Postulate zurückzuführen: «Zuerst sollten wir eine starke kapitalistische Wirtschaft aufbauen und erst dann, wenn wir satt sind, beginnen wir mit all unseren «Familienstreitigkeiten». Sie alle — von den sprachlichen bis zu den aussenpolitischen — können wir dann in Ruhe regeln.»

Das ist eigentlich nichts Neues. Zu Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand für jedes Individuum bekennt sich praktisch die ganze westliche Welt. Für die Verwirklichung dieser Maxime in der Ukraine ist es aber leider noch etwas zu früh. Ja, es ist immer schwer, von alten Vorstellungen, Hirngespinnsten und Märchen Abschied zu nehmen. Die Nationaldemokraten wollen, trotz der schmerzlichen Niederlage bei den Wahlen auf Bundes- wie auf Lokalebene, noch nicht einsehen, dass die romantische Periode der national-demokratischen Revolution in der Ukraine zu Ende ist. Die Kommunisten und ihre Anhänger wollen zurück in die «helle» Vergangenheit. Der nach Russland orientierte Teil der Bevölkerung erwartet noch immer, dass das Manna aus Moskau kommt.

Die Zeit von Lanowoj, die Zeit von realistisch denkenden Pragmatikern ist in der Ukraine noch nicht gekommen. Aber sie ist nah. Wahrscheinlich schon im nächsten Jahr versteht die Mehrheit der Ukrainer, dass man in dieser Welt nicht ewig an Mythen glauben darf. ■



Die Zeit von realistisch denkenden Pragmatikern ist in der Ukraine noch nicht gekommen — aber sie ist nah.

Ukrainische Behördenmitglieder helfen beim Abgeben der bis zu sieben Wahlzettel, weil neben den Präsidentschafts- auch Lokal- und Regionalwahlen stattfinden (Foto: Keystone).